



Rassismus tötet

Hundert Tage Aufregung über den NSU

Mehr als einhundert Tage sind vergangen, seitdem im November vergangenen Jahres die Existenz einer nationalsozialistischen Terrorzelle bekannt geworden ist. Die Medien versuchen seitdem, die Taten des »Zwickauer Trios« zu klären. Auf Bundes- und Landesebene sollen parlamentarische Ausschüsse behördliche Versäumnisse untersuchen. Aber der Rassismus, der für die Taten und für die Arbeitsweise der Behörden gleichermaßen inspirierend war, gerät nur mühsam in den Blick.



Schweigemarsch in Dortmund am 11. Juni 2006: »Kein 10. Opfer – Stoppt die Mörder« | (c) Miriam Bunjes

Dabei hätten wir alle eigentlich nur aufmerksamer hinschauen müssen, um der Wahrheit näher zu kommen. Eine Gelegenheit hätte es beispielsweise im Frühjahr 2006 gegeben, vor inzwischen weit über fünf Jahren. Es war der 6. Mai als rund zweitausend Menschen, fast ausschließlich türkisch-deutsche Familien und Angehörige der Opfer, im nordhessischen Kassel auf die Straße gingen. Sie waren aufgeschreckt durch eine mysteriöse Mordserie, die in der Presse ebenso plakativ wie verachtend als »Döner-Morde« bezeichnet wurde. Unter dem Banner »Kein 10. Opfer!« gaben die Teilnehmenden kund, dass sie diese Serie tatsächlich als das empfanden, als was die Täter des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU) sie planten: als gezielte Exekutionen von Deutschen migrantischer Herkunft.

»Bitte helft der Polizei, damit nicht noch mehr Menschen sterben«, bat der Angehörige eines der türkischen Opfer auf der Kasseler Demonstration seine Landsleute.« schrieb die taz Monate später.¹ Wobei im Artikel unklar bleibt, ob mit »Landsleuten« die anwesenden »rund zweitausend Türken und ihre Familien« gemeint waren oder die Kasseler Bevölkerung. Die Demo war ein verzweifelter Versuch, auf die Mordserie hinzuweisen und den Angehörigen der Opfer eine Stimme zu geben. Genauso wie ein Schweigemarsch, der einen Monat später in Dortmund stattfand.² Und schon damals war in den Aussagen spürbar, wovon viele türkische Deutsche auch jetzt sprechen: das bedrohliche Gefühl, in diesem Land nicht beschützt zu werden. In dem Versuch, darauf öffentlich hinzuweisen, blieben sie fast völlig unter sich.

Inhalt

- 1 Rassismus tötet
Hundert Tage Aufregung über den NSU
- 4 Rechter Lifestyle im Osten
Analyse gehackter Daten rechter Online-Versandhäuser
- 6 Buch wider das Vergessen
Rezension des Sammelbandes »Kaltland«
- 7 Kurzmeldungen
- 7 archiv en detail
Neue Ausgabe von »Kein Bock auf Nazis« erschienen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate | fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen

Kassel am 6. Mai 2006: Rund 2.000 Menschen demonstrieren unter dem Motto »Kein 10. Opfer!« | (c) Screenshot ARD-Dokumentation »Acht Türken, ein Grieche, eine Polizist:in«



Schockstarre oder Gleichgültigkeit?

Der schreckliche Mangel an Solidarität und die unwillige Beschäftigung mit den Perspektiven der Opfer und Angehörigen ist auch jetzt noch überdeutlich. Nach Wochen der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Schockstarre sinkt die Geduld mit den bisherigen Maßnahmen der Politik. Dies haben Vertreter der türkischen Gemeinde und des Zentralrats der Juden Deutschlands zuletzt mit klaren Worten belegt. Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, attestierte »mangelnde Sensibilität« und der Bundesregierung eine »Pannenstrategie« angesichts der Enthüllungen: »Es geht nur um die Aufklärung der Pannen der Sicherheitsbehörden. Es stört mich, dass nicht ernsthaft darüber diskutiert wird, wie in diesem Land ein verbrechenförderndes Klima gegen Minderheiten entstehen konnte. Mir fehlt ein Zeichen der Politik, das die Bevölkerung einbezieht.«³

Das Ausmaß und die Brutalität der Taten des NSU, deren Details Stück für Stück ans Licht kommen, schockieren selbst diejenigen, die der Naziszene so etwas immer zugetraut hatten. Und jene, die seit mehr als zehn Jahren behauptet hatten, es gäbe nicht einmal Anzeichen für rechtsterroristische Entwicklungen, sind scheinbar eines Anderen belehrt worden. Sowohl das Bundeskriminalamt (BKA) unter Jörg Ziercke als auch Verfassungsschutz-Chef Fromm gaben immerhin das komplette Versagen ihrer Behörden zu Protokoll. Je mehr allerdings der parlamentarische Betrieb seine Routine in Untersuchungs-Ausschüssen und Kommissionen, Integrationsgipfel oder Spitzengesprächen wieder gewinnt, um so ferner rückt die Chance auf tatsächliche Konsequenzen.

So sind die bisher umgesetzten Maßnahmen ausschließlich auf die Effektivierung und Kompetenzerweiterung der schuldhaften Behörden ausgerichtet. Nach dem Vorbild der Anti-Terrorzentrale gegen Islamismus wird derzeit ein gleichermaßen zentralisiertes Pendant für den Kampf gegen den Rechtsextremismus installiert; Gesetzesverschärfungen, NPD-Verbot oder auch mal eben die erweiterte Vorratsdatenspeicherung werden ins Gespräch geworfen. Es ist das bekannte Lied: die ordnungspolitischen Vorschläge aus den Reihen der Unionsparteien dominieren schnell das Feld, nachhaltige Vorschläge finden wenig Gehör. WDR-Journalistin Isabel Schayani kommentierte entsprechend polemisch die von Fried-

rich als »Meilenstein« bezeichnete zentrale Neonazi-Datei als »Streusalz für die Augen«: »Dieser Sicherheitsapparat, eben noch versagt, bekommt das, was er sich immer gewünscht hat: noch mehr Vorratsdatenspeicherung. Irgendwelche Rücktritte? Nö! Nennenswerte personelle Konsequenzen? Nö! Wurden Landesämter für Verfassungsschutz geschlossen oder reformiert? Nö!« Und sie schlussfolgert: »Wenn die Sicherheitsbehörden ihr

rechtsextremes Problem nicht richtig lösen, dann produziert das System wieder den selben Fehler.«⁴ Und es sei die weitere Frage erlaubt: »Irgendwelche Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen? Nö!«

Ein anderer Schritt nach vorne sollte aus Sicht der Bundesregierung ein Krisengipfel sein, zu dem Familienministerin Schröder und Innenminister Friedrich einladen. Ausgerechnet Kristina Schröder schlug mit dem Vorschlag auf, ein »Bundesweites Informations- und Kompetenzzentrum« (BIK) einzurichten. Die Medien überboten sich in zynischen Kommentaren, dass ausgerechnet Schröder, die Initiativen gegen Rechts mit der Extremismusklausel drangsaliert, nun Kompetenz sammeln möchte. Inzwischen wurde klar, dass die vorgesehenen zwei Millionen aus dem bereits bestehenden Haushalt kommen und das Bundesministerium vor allem Ideen der »präventiv-pädagogischen Arbeit« bündeln will. Hört sich doch sehr nach einer weiteren Webseite an.

Staatliche Untersuchung oder außerparlamentarische Aufklärung?

Anfang Januar diesen Jahres trafen sich in Berlin mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Initiativen, während zeitgleich der Bundestag darüber beriet, ob es eine parlamentarische Untersuchung geben solle. Schon damals gab es Berichte, dass die in die Ausschüsse der Bundesländer entsandten Mitarbeiterinnen und

1

Vgl. Suzan Gülfirat: Irgendjemand muss ihn kennen. In: taz v. 11. September 2006, S.6; dies.: »Bitte helft der Polizei!« in Der Tagesspiegel v. 8. Mai 2006.

2

Vgl. Pascal Becker: Eine Mordserie im Hintergrund. In: taz nrw v. 10. Juni 2006.

3

Vgl. Kenan Kolat kritisiert Christian Wulff wegen zentraler Trauerfeier. In Der Tagesspiegel v. 21. Januar 2012.

4

ARD-Tagesthemen vom 18. Januar 2012

Das Info-Paket vom apabiz e.v.

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des monitor pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Mitarbeiter der Bundesbehörden zu vielen Fragen keine Aussagebereitschaft ihrer Behörden haben. Dieser behördliche Maulkorb gegenüber den Parlamentarier_innen ist ein beliebtes Mittel, die Geheimnisse und die Fehler der Behörden zu vertuschen. Und ein Quell der juristischen Spiegelfechtereien. Fachleute befürchten daher wohl zurecht, dass auch der zwischenzeitlich beschlossene Untersuchungsauftrag des Bundestages in solcherart juristischem Gezerre untergehen könnte.

Das bundesweite Treffen, an dem sich auch das *apabiz* beteiligt, forderte auch deshalb in einer abschließenden Presseerklärung eine wirksame Aufklärung und formulierte das deutliche Misstrauen, dies den staatlichen Institutionen zu überlassen. So hieß es unter anderem:

► Die Ungewissheit über die weitere Einrichtung und Gestaltung von Untersuchungsausschüssen bestärkt das ohnehin bestehende Misstrauen, ob dies überhaupt jemals zu einer vollständigen Aufklärung der Nazi-Morde und der Rolle der Behörden dabei führen kann.

► Nicht hinnehmbar ist es, dass Behörden Informationen filtern und bewerten: ihnen darf nicht weiter die Deutungshoheit überlassen werden.

► Weitere außerparlamentarische Aufklärung muss gestärkt und der dort vorhandene Sachverstand der Initiativen genutzt werden. Dazu stehen diese mit all ihrem Fachwissen gegenüber den Betroffenen, der Politik und der Öffentlichkeit bereit. Die bisher völlig unzureichende gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus muss befördert werden.

Auf diesem Treffen wurde auch über die Möglichkeiten gesprochen, solch eine außerparlamentarische Beobachtung und die eigene Aufklärung voran zu bringen. Der Wunsch, so etwas durchzuführen, übersteigt aber bei weitem die finanziellen und personellen Ressourcen der beteiligten Projekte. Zwar leisten schon jetzt viele Projekte, was sie können, um die eigene Sicht auf den Nazi-Terror zu verdeutlichen. Die Medien fordern in den letzten Monaten erfreulich oft das Wissen der Initiativen und Archive ab, doch das stößt auch an Grenzen. Wenn, wie in den letzten Wochen, häufig die Berichterstattung auf den gezielt durchgereichten Informationen aus Ermittlerkreisen beruht, kann eine unabhängige Recherche kaum noch in vernünftiger Weise stattfinden.

Fazit

Was wäre passiert, wenn den Opfern, den Hinterbliebenen und den Bedrohten in den Jahren zwischen 2001 und 2006 bedingungslos vertraut worden wäre? Wenn ihre Bedenken nicht abgetan worden wären und die Medien ein rassistisches Mordmotiv konsequent als naheliegend verfolgt hätten ebenso wie die ermittelnden Behörden? Was wenn anti-rassistische Initiativen sich solidarisch an die Seite der Betroffenen gestellt hätten? Vielleicht wäre dann die Mordserie nicht anders verlaufen als sie es tatsächlich tat. Aber die Gesellschaft wäre heute eine andere und der Graben zwischen den eingewanderten und den herkunftigen Deutschen etwas weniger tief. Und das Misstrauen, das inzwischen wie mit Händen greifbar scheint, wäre vielleicht nicht so beängstigend groß.

Das *apabiz* wird in den kommenden Monaten genauso selbstverständlich wie bisher außerparlamentarische Aufklärungsarbeit leisten. Ernüchternd ist zu sehen, wie wenig praktische und symbolische Solidarität aus allen Bereichen der Gesellschaft den auch heute noch Bedrohten zu Teil wird.

Ulli Jentsch

Neue Veranstaltung zum Thema

»Kein 10. Opfer!?!« – NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND, Rechtsterror und die Rolle des Staates

Die politischen Ziele der Neonazis sind in ihrem Kern immer verbunden mit Gewalt, Terror und Vernichtung. Die Antwort darauf, warum die Neonazigruppe NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU) den Weg in den bewaffneten Untergrund genommen hat, führt unter anderem in ihren geistigen und aktionistischen Erfahrungsraum in den 1990er Jahren. Dass die staatlichen Behörden die Existenz dieser terroristischen Gruppierung jahrelang nicht aufgedeckt – teilweise sogar gedeckt – haben, liegt schließlich auch in der unzureichenden behördlichen Analyse dessen, was eine neo-

nationalsozialistische Bewegung und ihr gewalttätiges Potenzial ausmacht. Der Vortrag beleuchtet sowohl den historischen als auch den aktuellen politischen Kontext des »Rechtsterrorismus«, zeigt dessen inhaltliche Entwicklungslinien auf und versucht, auf einige der vielen offenen Fragen rund um den Komplex NSU Antworten zu geben. Auch die Rolle der Geheimdienste und anderer staatlicher Behörden sowie die Berichterstattung der Medien werden thematisiert.

Die Referent_innen sind Mitarbeiter_innen des *apabiz* und anderer antifaschisti-

schen Projekten und haben diesen Vortrag gemeinsam erarbeitet.

Folgende Veranstaltungen sind bisher geplant, die genauen Angaben sind online zu finden:

1. März Berlin, Tante Horst
4. März Berlin, Festsaal Kreuzberg
7. März Bonn
9. März Bochum
14. März Pirmasens
28. März Berlin, ver.di Mediengalerie
29. März Rostock
23. April Koblenz



Der rechte Lifestyle blüht im Osten

Eine Analyse der Hacks von neonazistischen Online-Versandhäusern

In Westdeutschland gibt es in absoluten Zahlen mehr subkulturell orientierte Rechte als im Osten der Republik. Berücksichtigt man jedoch die Gesamtbevölkerungszahl, ergibt sich ein anderes Bild, denn die Daten werden erst dann interpretierbar, wenn sie auf die Bevölkerungszahlen der Bundesländer umgerechnet werden: Im Osten ist der Anteil von Rechten um ein dreifaches höher als im Westen. Dies ergibt eine Auswertung der Bestelldaten von rechten Online-Versandhäusern, die nach Hackangriffen öffentlich gemacht wurden.

Operation Blitzkrieg, Nazi-Leaks, Anonymous: Viel war in der medialen Debatte in den vergangenen Monaten die Rede von Onlineattacken gegen rechte Online-Infrastrukturen. Durch etliche Hack-Angriffe und anschließende Veröffentlichungen sind vielerlei eigentlich vertrauliche Daten publik geworden.

Hacks verunsichern die Szene

Dazu gehören unter anderem eine Spendenliste der NPD, interne Debatten aus Nazi-Onlineforen oder auch eine AutorInnenliste der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT. Aus juristischer Sicht bewegen sich die Hackangriffe mindestens in einer rechtlichen Grauzone, die meisten dürften durchaus strafrechtlich relevant sein. Welche Wirkung sie, neben der leicht feststellbaren Verunsicherung auf die Rechte selbst haben, bedarf hingegen einer eigenständigen Bewertung. So rangierte die NPD in Sachsen-Anhalt vor den Landtagswahlen 2011 in Wahlumfragen beispielsweise wochenlang oberhalb der Fünfprozenthürde. Dann wurde ein internes Forum gehackt und der NPD-Spitzenkandidat MATTHIAS HEYDER als Forenteilnehmer »Junker Jörg« geoutet, der zur »Schändung« von linken Frauen aufrief. Es folgte eine größere Berichterstattung in den Medien. Letztlich

landete die NPD bei 3,6 Prozent Stimanteil. Die schwer beantwortbare Frage lautet: Wie hoch war der Anteil des Hackangriffs an der Verhinderung eines neuen NPD-Parlamentseinzugs?

Was lässt sich aus den Versandhacks ablesen?

Schon seit etlichen Jahren werden auch immer wieder rechte Online-Versandhäuser gehackt und die Bestelldaten öffentlich gemacht. Lassen sich hieraus relevante Erkenntnisse über die rechte Bewegung in Deutschland gewinnen? Das *apabiz* hat probeweise die Personendaten aus sechs Onlineversand-Hacks aus den Jahren 2005 bis 2011 zusammengefasst. Es handelt sich um Versandhäuser, die auf Rechtsrock und Szenekleidung sowie Literatur und Utensilien wie Fahnen spezialisiert sind - also auf subkulturelle Artikel. Insgesamt ergab sich eine Liste von 11.000 Personen, die bei diesen Versandhäusern bestellt haben. Anhand der Postleitzahlen kann nachvollzogen werden, aus welchen Teilen Deutschlands die Bestellungen getätigt wurden.

Wenn in dem Zusammenhang mit den Hacks von rechter Subkultur gesprochen wird, dann wird der Bezug über die gemeinsam geteilte rechte Ideologie hergestellt, nicht zwangsläufig über identische Ausdrucksformen. Zwar bedient der überwiegende Teil des Angebotes der Online-Versandhäuser das, was klassischerweise als jugendkulturelle rechte Ausdrucksformen verstanden wird, in geringerer Anzahl finden sich aber zum Beispiel auch heidnisch zu verortende Artikel. Nicht möglich sind indes Aussagen im Hinblick auf den Härtegrad der ideologischen Überzeugung und organisatori-

schen Verstrickung der Bestellenden. Viele bekannte knallharte Neonazis tauchen in den Listen gar nicht auf, wenn sie ihre Szeneartikel bei Konzerten oder in Ladengeschäften erwerben. Im Zweifelsfall tauchen sie aber auch deswegen nicht auf, weil sie ihre politische Gesinnung nicht (mehr) über ihre Kleidung ausdrücken.

Menschen, die in einschlägigen rechten Online-Versandhäusern bestellen, darf aber wohl grundsätzlich eine Affinität zum extrem rechten Denken unterstellt werden. Denn »zufällig« bestellt dort wohl kaum jemand.

Die für die Auswertung bereinigten 11.000 Datensätze wurden den einzelnen Bundesländern und Landkreisen zugeordnet. Anhand der Gesamt-Bevölkerungszahlen¹ lässt sich so das Maß »Bestellungen pro 100.000 Einwohner_innen« errechnen. Damit ist keine Aussage getroffen, wie hoch die Zahl von Rechten in den einzelnen Regionen tatsächlich ist - aber eine Relation zwischen den Regionen lässt sich herstellen. Anhand der Vornamen wurden die Besteller_innen zudem, soweit dies ausreichend eindeutig möglich war, nach ihrer Geschlechtszugehörigkeit sortiert.

Brandenburg ganz vorne

Zu den Ergebnissen: Aussagekräftig werden die Zahlen, wenn man die Gesamtbevölkerungszahl der Regionen gegen die Gesamtzahl der Bestellungen rechnet. Hierbei ergibt sich ein differenziertes Bild, welches auf eine ungleich größere Präsenz von rechter Subkultur in Ostdeutschland verweist. Im Osten gibt es in Relation

1 Quelle: Statistisches Bundesamt, Zahlen vom 31.12.2010

2 Fehlende Prozent: Bestellungen von Firmenadressen oder mit nicht eindeutig zuordenbaren Vornamen

	Bestellungen	Jahr
FRONT RECORDS	1.766	2005
AUFRUHR VERSAND	5.328	2006
WIKINGERVERSAND	592	2006
ERIC&SONS	1.207	2009
NATIONALES VERSANDHAUS	927	2011
ODIN VERSAND	1.341	2011
Gesamt	11.161	



auf die Gesamtbevölkerung drei mal so viele Bestellungen als im Westen.

Bezogen auf die Bundesländer und unter Rücksicht auf die Gesamtbevölkerungszahl kamen die meisten Bestellungen aus Brandenburg, dahinter Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Erst auf dem sechsten Rang und mit einigem Abstand folgt mit Schleswig-Holstein das erste westdeutsche Bundesland. Rang sieben: Berlin. Nordrhein-Westfalen, obwohl nach absoluten Zahlen mit 1.300 Bestellungen an der Spitze, nimmt den letzten Platz der sechzehn Bundesländer ein. Die Unterschiede sind beträchtlich, in Brandenburg kommen bei den sechs Versänden 35 Bestellungen auf 100.000 Einwohner_innen, in NRW hingegen gerade einmal 7,5.

Diese Reihenfolge spiegelt sich in großer Verlässlichkeit wider, wenn man anstatt aller fünf Versandhäuser nur die Ergebnisse für jeweils einen einzelnen Versand betrachtet. Ein Hinweis darauf, dass die Datensätze

durchaus vergleichbar, austauschbar und somit aussagekräftig sind.

Eine Sortierung nach Landkreisen verdeutlicht dementsprechend die Dominanz des Ostens in der Versandwelt rechter Subkultur. Die Landkreise mit dem größten Anteil von Bestellungen in Relation zur Gesamtbevölkerungszahl sind, in Reihenfolge gesetzt: Elbe-Elster (Brandenburg), Dahme-Spreewald (Brandenburg), Gera (Thüringen), Frankfurt/Oder, Cottbus und der Landkreis Oberspreewald-Lausitz (alle Brandenburg).

Viele Auslands-Bestellungen, geringer Frauenanteil

Bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Zahl von 1.100 Bestellungen aus dem Ausland. Sie machen einen Gesamtanteil von zehn Prozent aus. Für Neonazis europaweit scheint Deutschland also ein wichtiger Referenzpunkt zu sein. Die Auslandsbestellungen konzentrierten sich auf Österreich und die Schweiz, aber auch osteuropäische Länder waren in größerer Zahl vertreten.

Die männliche Dominanz der Szene bildet sich wenig überraschend im Datensatz ab: 84 Prozent der Besteller_innen sind männlich und nur 14,5 Prozent weiblich.²

Die Daten-Hacks lassen Aussagen über die repräsentative Verteilung der Bestellungen zu. Aber die Analyse wirft auch Fragen auf, die sich auf der Datenbasis nicht beantworten lassen. So zum Beispiel die Frage nach dem Zusammenhang von Szeneläden vor Ort und den Bestelldaten. Führen Szeneläden dazu, dass die Bestellzahlen aus einer Region zurückgehen? Oder sind sie Indiz für eine besonders starke rechte Subkultur - und damit Erklärung für hohe Bestellzahlen? Auch zur Altersstruktur der Besteller_innen lassen sich nur Vermutungen anstellen.

Die offenen Fragen markieren die Grenzen der Analyse. Die vorher explizierten Aussagen aber zeigen, dass sich aus den Daten durchaus lohnenswerte Ergebnisse ausarbeiten lassen.

apabiz

Verteilung der Bestellungen bei den sechs Versänden			
Bundesland	Bestellungen absolut	Einwohner_innen ¹ (EW)	Bestellungen je 100.000 EW
Brandenburg	873	2,5 Mio	34,9
Sachsen-Anhalt	748	2,3 Mio	32,0
Sachsen	1.251	4,1 Mio	30,1
Mecklenburg-Vorpommern	463	1,6 Mio	28,2
Thüringen	612	2,2 Mio	27,4
Schleswig-Holstein	361	2,8 Mio	12,7
Berlin	404	3,4 Mio	11,7
Bremen	76	0,7 Mio	11,5
Saarland	108	1,0 Mio	10,6
Niedersachsen	822	7,9 Mio	10,4
Rheinland-Pfalz	379	4,0 Mio	9,5
Hamburg	160	1,8 Mio	9,0
Bayern	1.096	12,5 Mio	8,7
Hessen	523	6,1 Mio	8,6
Baden-Württemberg	843	10,8 Mio	7,8
Nordrhein-Westfalen	1.334	17,8 Mio	7,5
Ausland	1.108		



Die Tabelle zeigt, wie sich die Bestellungen auf die Bundesländer verteilen. Deutlich erkennbar: Der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl hohe Bestellanteil im Osten.

Auf der Karte sind die Bestellungen auf die Einwohner_innenzahl bezogen visualisiert.

Unter www.blog.schattenbericht.de/versaende gibt es eine interaktive Visualisierung der hier diskutierten Ergebnisse. Die zugrunde liegenden Daten sind dort (anonymisiert) zur Verfügung gestellt.

Rezension

Eine Sammlung wider das Vergessen

Karsten Krampitz, Markus Liske, Manja Präkels (Hrsg.): *Kaltland. Eine Sammlung.* Rotbuch Verlag, Berlin 2011.



In dem Buch *Kaltland* wird ein längst überfälliges Thema der Nachwendegeschichte durch Reportagen, Erzählungen und authentischen Geschichten bearbeitet. Die pogromartigen Angriffe auf Flüchtlingsheime in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und die später folgenden Morde an Migrant_innen in Mölln und Solingen fanden in anderen literarischen Werken fast gar keine Erwähnung. Auch das Gedenken an die Taten spielt in dem derzeitigen deutschen Erinnerungsdiskurs keine Rolle, denn die Opfer von rassistischer Gewalt werden von der Mehrheit der weißen deutschen Bevölkerung vergessen. So stellt das Buch eine Ausnahmeerscheinung nach 20 Jahren Verdrängung dar.

In fünf thematisch unterteilten Kapiteln erzählen insgesamt 42 Autor_innen ihre Erinnerungen an

die Nachwendejahre. Zu Beginn wird versucht einen Einstieg in die 1990er Jahre zu geben. Nicht nur der erste Kontakt mit Neonazis aus Brandenburg wird von Autor_innen geschildert, sondern auch die Besetzung der Mainzer Straße oder die erste Reise in die ehemalige DDR. Und so unterschiedlich geht es auch in den anderen Kapiteln weiter. Anhand der Darstellung zweier Erzählungen soll ein kurzer Einblick in das Buch gewährt werden.

Keine Hilfe in Sicht

So die Erzählung »Das Sonnenblumenhaus« von Jochen Schmidt, der selbst am 24. August 1992 als Hospitant des TV-Magazins »Kennzeichen D« in Rostock-Lichtenhagen war und den sich an diesem Tag aufbauenden Mob und die Reaktionen der zuschauenden Medien erlebte. Als Teil eines Berichterstattungsteam war er im Sonnenblumenhaus und bekam mit wie Brandsätze und Steine in Wohnungen flogen und wie sich die migrantischen Bewohner_innen und sein Team über das Dach des Hauses in einen anderen Aufgang retten konnten. Doch auch hier stehen die verängstigten Menschen vor rassistischen Mauern, denn nur zögerlich wird ihnen von Anwohner_innen geholfen. Der Text gibt ein beklemmendes Gefühl von Hoffnungslosigkeit und der weißen deutschen Realität wieder.

Alles nur Verlierer?

»Neun Mörder in neun Wochen« heißt ein weiterer Text, der von Andreas Marneros geschrieben wurde. Marneros interviewte als Gerichtsgutachter rechte Gewalttäter und Mörder (im Text immer männlich). In seiner authentischen Erzählung werden drei Gewalttaten, die in zwei Fällen mit dem Tod des Opfers endeten, betrachtet. Immer wieder wiederholen sich die Szena-

rien der Taten. Das Opfer wird von mehreren Tätern verfolgt und schwer verletzt, bis hin zum Tod. Niemand eilt zur Hilfe oder kann die Täter aufhalten. Und dennoch kommt Andreas Marneros zu einer Analyse, die den dargestellten Geschehnissen nicht gerecht wird. Die Ursachen für die Tat werden allein in der Schwäche des Täters und in der äußeren Zuschreibung als »Verlierer der Gesellschaft« gesucht. Das ist eine allzu verknäppte und verfälschende Darstellung der rassistischen Mordmotive.

Dass dieses Buch einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an die Geschehnisse rund um Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen darstellt, steht außer Frage. Dennoch kommt eine Personengruppe in diesem Buch nicht zu Wort – die Gruppe der betroffenen Migrant_innen, die damals vor den Angreifer_innen aus ihren Wohnungen flüchten mussten oder ein Familienmitglied durch einen rassistischen Mord verloren haben. Berichte solcher Art von Betroffenen hätten die Perspektiven des Buches vervollständigt.

Zum zwanzigsten Jahrestag der Pogrome bietet das Buch einen lesenswerten Einblick in die damaligen Geschehnisse. Die Vielzahl an unterschiedlichen und zum Teil sehr erschreckenden Erinnerungen zeichnen ein Bild der damaligen Ereignisse. Rassistische Übergriffe und Verfolgungen, wie sie in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen geschehen sind und wie sie im Buch aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden, geben den Einblick in die rassistischen Zustände einer Gesellschaft, welche nicht zuletzt den NSU entstehen ließ.

Tina Neumann



Kurzmeldungen

Neonazis von Agrar-Demo verdrängt

Berlin • Am 21. Januar 2012 demonstrierten über 20.000 Menschen unter dem Motto »Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie« in Berlin-Mitte. Wie bereits im Vorjahr versuchten etwa 20 Neonazis aus dem Umfeld des NW-BERLIN an der Demonstration teilzunehmen. Am Rande der Demo konnten diese zuerst unbehelligt ihre Transparente zeigen und Flyer verteilen. Nach wenigen Minuten gaben sie sich durch lautstarke Parolen wie »Nationaler Sozialismus jetzt« als Neonazis zu erkennen. Etwa 100 Demonstrant_innen konnten die Nazis erfolgreich von der Demonstration verdrängen. Dabei kam es zu Handgemengen, bei denen die Neonazis auch mit Stöcken auf ihre Gegner_innen losgingen. Die Polizei sperrte den Bereich ab und verwies die Neonazis des Platzes.

Berliner NPD-Landesverband radikalisiert sich

Berlin • Am Samstag, den 4. Februar 2012, wurde SEBASTIAN SCHMIDTKE zum Vorsitzenden des Berliner NPD-Landesverbands gewählt. Als seine Stellvertreter wurden der ehemalige Landesvorsitzende UWE MEENEN und der ehemalige Bundesvorsitzende UDO VOIGT

degradiert. Schmidtke entstammt dem Kameradschaftsspektrum, das sich unter dem Label NATIONALER WIDERSTAND BERLIN formiert. Er ist das zentrale Bindeglied zwischen Partei und gewaltbereiter Neonaziszene. Zudem gilt er als eine der Hauptpersonen hinter der Website des NW BERLIN, die durch neonazistische Hetze und Bedrohung tatsächlicher und vermeintlicher politischer Gegner_innen in Erscheinung tritt. Der NPD-Landesparteitag wurde begleitet durch lautstarke Proteste von etwa 50 Antifaschist_innen.

Deutscher Kickbox-Meister in Hitler-Gedenkshirt

Dresden • Das Amtsgericht Dresden hat MARKUS WALZUCK Ende Januar wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Cottbusser war 2010 bei der Abreise zu einem Mallorca-Urlaub mit anderen zusammen am Dresdener Flughafen in Hitler-Gedenk-T-Shirts gekleidet (»Seit 66 vermisst. Du fehlst uns«) aufgefallen. Walzuck ist Träger des Deutschen Meistertürtels im Kickboxen. In Reaktion auf das Urteil schloss ihn sein Verein »Kickbox-Team Cottbus« aus. Der 28-Jährige betreibt auch das Kleidungslabel BOXING CONNECTION. Die Marke hat vor allem regionale Bedeutung und ist stil-



istisch als sportive Alternative zu THOR STEINAR gehalten.

Erneute erfolgreiche Proteste in Dresden

Dresden • Mehrere tausend Menschen haben am 13. Februar unter dem Label »Dresden nazifrei« erfolgreich gegen einen Neonazi-Aufmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt protestiert. Zwei erfolgreiche Blockaden führten dazu, dass die Demonstrationsroute der Rechten stark verkürzt wurde. Etwa 2.000 hauptsächlich junge Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum beteiligten sich am neonazistischen Fackelmarsch anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung 1945. Unterstützt wurden sie von einigen NPD-Kadern sowie kleineren Gruppen von Neonazis aus anderen europäischen Ländern. Der Frauenanteil betrug lediglich rund fünf Prozent. Reden hielten der Berliner ECKART BRÄUNIGER sowie OLAF ROSE aus Dresden.

Abschlusskundgebung der Neonazis am 13. Februar in Dresden. | (c) apabiz

archiv en detail

Und immer weiter: »Kein Bock auf Nazis!«

Als überaus erfolgreich erweist sich die neue Ausgabe der Zeitung »Kein Bock auf Nazis«. Das achtseitige Heftchen richtet sich in erster Linie an Jugendliche und wurde Anfang Januar in einer Auflage von 500.000 Exemplaren gedruckt. Die neue Ausgabe legt einen Schwerpunkt auf Protest- und Blockadeaktionen gegen Neonazidemonstrationen. Die komplett spendenfinanzierte Zeitung kommt an: bis Mitte Februar waren bereits weit über zwei Drittel der Gesamtauflage verteilt. Aus allen Teilen der Bundesrepublik lassen sich Jugendliche und Initiativen Pakete mit der kostenlosen Zeitung zuschicken.

Bestellungen sind (gegen Portokosten) weiterhin möglich über das Bestellformular unter der Adresse: <http://keinbockaufnazis.de/bestellung>

»Kein Bock auf Nazis« ist ein Projekt des Apabiz zusammen mit weiteren Initiativen. Unterstützung

gibt es von Popstars wie *Die Ärzte*, *Beatsteaks*, *Die Toten Hosen*, *Caspar*, *Fettes Brot* oder der Schauspielerin *Pegah Ferydoni*. Unter www.keinbockaufnazis.de kann die Zeitung auch als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Der Erfolg der neuen Zeitung zog auch einige negative Reaktionen nach sich. Gunnar Schupelius, Kolumnist des Berliner Boulevard-Blatts »BZ«, schrieb zornig darüber, dass die Zeitung Falschbehauptungen verbreite, Thilo Sarrazin zum Paten aller Rechtsextremen erkläre und obendrein vom CDU-SPD-Senat finanziert worden sei. Nichts davon stimmt. Auch die islamfeindliche Partei DIE FREIHEIT zeigte sich in einem offenen Brief an den Landeselternausschuss in Berlin besorgt über die »Indoktrination« in der »Kein Bock auf Nazis«-Zeitung. Das Thema »Nazis« gehöre ihrer Ansicht nach ohnehin grundsätzlich und ausschließlich in den Geschichtsunterricht.



Abonnieren...

...kann man den ~~monat~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht
(Fördermitglieder und Dauerspende_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Keller/Kögler/Krawinkel/Schlemmermeyer: Antifa: Geschichte und Organisation, theorie.org, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2011.*

Das neue Band »Antifa« der Reihe *theorie.org* führt in die Geschichte antifaschistischer Organisation in Deutschland nach 1945 ein. Als Einleitung wird die Vorgeschichte und die Entstehung der historischen »Antifaschistischen Aktion« in der Weimarer Republik sowie deren Rolle im Nationalsozialismus beschrieben. Die folgenden Jahrzehnte werden mit den wesentlichsten Ereignissen und Strukturen der »antifaschistischen Bewegung« beschrieben und leiten zum eigentlichen Schwerpunkt des »autonomen Antifaschismus« nach der Wiedervereinigung hin. Hierbei werden vor allem, neben der Darstellung von verschiedenen Organisationen, politische Diskussionen und die praktische Arbeit nachgezeichnet.

Leider werden interessante und zentrale Momente wie »Antifa in der DDR« oder »Nationalsozialismus und Holocaust« nur sehr knapp gehalten und manche Organisationsformen fernab fester Strukturen wie der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweiten Organisation« (AA/BO) nur am Rande behandelt. Trotz alledem bietet das Buch einen sehr guten historischen und aktuellen Einblick in den organisierten Antifaschismus.

- *Schmid, Bernhard: Distanzieren, leugnen, drohen – Die europäische extreme Rechte nach Oslo, Edition Assemblage, Münster 2011.*

Die Attentate des Norwegers Anders B. Breivik vom 22. Juli 2011 waren nicht nur ein historischer Einschnitt für Norwegen, sondern hatten eine Ausstrahlung auf ganz Europa. Mit den Ereignissen von Oslo und Utøya im Hintergrund beschreibt Bernhard Schmid den ideologischen Hintergrund des Täters und zieht Bezüge zur (extremen) Rechten in verschiedenen europäischen Ländern. Thematisiert werden die in Großbritannien aktive ENGLISH DEFENCE LEAGUE (EDL) sowie der niederländische Anti-Islam-Politiker GEERT WILDERS. Auch die deutsche PRO-DEUTSCHLAND BEWEGUNG und der Internetblog POLITICALLY INCORRECT werden mit ihrem antiislamischen Hintergrund und ihrer Bezugnahme auf Breivik ausführlich beschrieben. Zwar wird die politische (antiislamische) Rechte nicht für alle europäischen Ländern beschrieben, das Buch bietet dennoch interessante und lesenswerte Einblicke.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

- *Wilke, Karsten: Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950-1990 – Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Schöningh Verlag, Paderborn 2011.*

Bereits 1951 gründeten ehemalige Angehörige der WAFFEN-SS mit der HIAG einen eigenen Interessenverband in dem bis zu 20 000 Mitglieder organisiert waren und der vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten durch Massenveranstaltungen in der Öffentlichkeit stand. Schwerpunkte der politischen Arbeit war vor allem die Rehabilitierung der WAFFEN-SS weg von dem Stigma einer verbrecherischen Organisation. Hinzu kam die Förderung der Nachkriegsmeinschaft der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen.

Karsten Wilke beschreibt in der ersten Monographie zur HIAG nicht nur die Organisationsgeschichte, sondern zeigt auch die Verbindung zur etablierten Politik wie zum Beispiel zu Helmut Schmidt auf. Die Verwendung zahlreicher bisher unerschlossener Quellen spiegelt sich in der detailreichen Darstellung der HIAG wieder. Leider findet die Nachgeschichte der HIAG-Strukturen nach der Selbstauflösung 1992 keine Erwähnung.

- *Müller, Yves/Winkler, Benjamin: Gegen Nazis sowieso – Lokale Strategien gegen rechts, Crashkurs Kommune 6, VSA, Hamburg 2012.*

Rechte Parteien und neonazistische Kameradschaften sind in den Kommunen in Ost- und Westdeutschland auf unterschiedliche Art und Weise präsent. Das an kommunale Mandatsträger_innen und engagierte Menschen adressierte Buch bietet in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dieser gesellschaftlichen Problematik Hilfestellung. Thematisiert werden, neben der NPD als lokalem Akteur auch die Präsenz von neonazistischen Strukturen sowie Rechtspopulismus und antimuslimischer Rassismus. Aber auch Hinweise für wirkungsvolle Gegenaktivitäten in der Bündnisarbeit und in der Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt kommen nicht zu kurz.

Aufgrund seiner Übersichtlichkeit und der hilfreichen Hinweise für die lokale Auseinandersetzung mit Vertreter_innen rechter Ideologien ist dieses Buch eine beachtenswerte Veröffentlichung für die praktische politische Arbeit.